

AL Info³ / 23

3 Nach zehn Jahren im Vorstand erzählt Isabel Maiorano im Interview über Höhen und Tiefen.

6 Kantonsrätin Judith Stofer schreibt in der Kolumne über ihren neuen Wohnort Dübendorf.

8 Widerstand heisst Leben: Im Gastbeitrag fasst der Verein "Dem-Kurd Zürich" den Widerstand der demokratischen Kurd:innen in der Türkei zusammen.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Was wäre, wenn...?

Was wäre, wenn die AL im Herbst einen Sitz im Nationalrat erobert? Immer wieder werden wir gefragt: Macht es überhaupt Sinn, wenn die kleine AL Zürich eine Einzelmaske nach Bern schickt?

Kleine Partei – grosser Erfolgsausweis

Wenn eine Partei sich im Alleingang in Bundesbern Gehör verschaffen kann, dann sicher die AL. In allen Parlamenten, wo wir vertreten sind, erhalten wir als kleinste Fraktion viel Anerkennung von Exponent:innen anderer Parteien. Wir sind thematisch breit aufgestellt, gelten als sachlich fundiert und unsere Meinung ist gefragt. Die AL kann sowohl hartnäckig Themen einbringen, die den Politgottesdienst der Etablierten stören, als auch mit durchdachten Lösungsvorschlägen mitgestalten. Als kleine Partei können wir auf städtischer wie auf kantonaler Ebene beachtliche Erfolge aufweisen. Mit mehreren Initiativen haben wir die Ausgestaltung der individuellen Prämienverbilligung im Kanton massgeblich geprägt. Wir haben die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ausländischer Millionär:innen durchgesetzt und letztes Jahr ist unsere kantonale Volksinitiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» nur hauchdünn abgelehnt worden. In der Stadt haben wir die Ausrichtung einer Energiekostenzulage an einkommensschwache Haushalte initiiert und damit gemäss NZZ für «die Errichtung eines neuen Sozialwerks» gesorgt. Dank der AL werden rund 45'000 Stadtzürcher:innen einen kräftigen Zustupf an ihre Heiznebenkosten erhalten – Geld, das nun für andere wichtige Anliegen zur Verfügung steht.

Musik spielt in Bundesbern

Für viele Kernthemen der AL-Politik spielt die Musik auf Bundesebene. Raumplanungsgesetz und Mietrecht geben vieles vor, mit dem wir uns dann beim Thema Wohnen auf kantonaler oder kommunaler Ebene herumschlagen müssen. Auch für unsere Ideen zum Gesundheitswesen und zur Krankenversicherung – etwa die Forderung nach einer Einheitskrankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien - wäre eine Vertretung in Bern zentral. Und für eine Partei, die sich dezidiert für die Rechte von Arbeitnehmer:innen und Rentner:innen einsetzt, ist es unumgänglich, in Bern zu politisieren. Dort wird das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht bestimmt und die Höhe des Rentenalters festgelegt. Dort wird unsere Forderung nach der 35 Stunden-Woche verhandelt und über unseren Einsatz zur Schliessung des Gender-Gaps bei den Renten entschieden. Ob Bürgerrechts-, Asyl- und Gleichstellungsgesetz, ob Umwelt- und Klimaschutz, Energiepolitik, Digitalisierung, Datenschutz oder Gentechnologie: Immer wieder werden entscheidende Weichen in Bern gestellt und wir baden auf kantonaler und kommunaler Ebene aus, was auf Bundesebene beschlossen wurde. Und diese Entwicklung verstärkt sich. Seit längerer Zeit findet eine Verlagerung von Aufgaben an den Bund statt.

Von der Seitenlinie aufs Spielfeld

Die AL hat sich schon bisher von der Seitenlinie her in die eidgenössische Politik eingemischt, so bei den Referenden gegen die Strommarkt-Liberalisierung, gegen den biometrischen Pass, gegen das

Nachrichtendienstgesetz und gegen die Unternehmenssteuerreformen und last but not least mit unserer eidgenössischen Initiative zur schweizweiten Abschaffung der Pauschalbesteuerung, für die wir 2014 praktisch im Alleingang knapp 41 Prozent Ja-Stimmen holten. Es ist höchste Zeit, dass wir in Bundesbern direkt Fuss fassen, um uns bei nationalen Themen aktiv einbringen zu können!

4 Kernthemen: Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Grundrechte

Für unsere Nationalratskampagne konzentrieren wir uns auf vier AL-Kernthemen: Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Grundrechte. Zur aktuellen wohnpolitischen Agenda der AL und zum Wert der Arbeit findest Du auf den Innenseiten mehr in den beiden Beiträgen von Christian Häberli, Wahlkampfleiter und Mitglied der AG «Wohnen & Planung», und NR-Spitzenkandidat David Garcia Nuñez.

Was wäre, wenn die AL in Bundesbern voll im Loop wäre und sich auf ihre bewährte radikal-pragmatische Weise für ihre Kernthemen engagieren könnte? Für uns und für die Linke wäre einiges gewonnen. Die AL könnte endlich auf allen drei Staatsebenen mitbestimmen – und auch die Rahmenbedingungen für eine fortschrittliche Politik im Kanton und in den Gemeinden mitgestalten. Am 22. Oktober hast Du es in der Hand, wenn Du Liste 8 einlegst.

**Anne-Claude Hensch,
AL-Kantonsrätin und Spitzenkandidatin Nationalrat**

Parolen

Abstimmungen vom 3. September 2023:

STADT ZÜRICH

- 1a. Volksinitiative «Stadtgrün» **NEIN**
- 1b. Direkter Gegenvorschlag **JA**
- 1c. Stichfrage **DIREKTER GEGEN-VORSCHLAG**
2. Indirekter Gegenvorschlag **JA**
3. Dritte Verbrennungslinie Kehrrichtverwertungsanlage Hagenholz **JA**
4. Neubau und Erweiterung Schulanlage Triemli / In der Ey **JA**

Termine

Dienstag, 29. August: AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr.

Freitag, 30. September: AL-Party im Sogar Theater mit spannendem und unterhaltsamem Programm für Klein und Gross.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1900 Ex.,
Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann

Redaktion Dafina Gash, Zoe Lehmann, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr, Christina Schiller

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Sophie Blaser: Politik!

Sophie Blaser, seit Mitte Juli AL-Gemeinderätin und eine der Top-Fünf auf der AL-Nationalratsliste, ist unsere Frau im Kreis 3.

Sophie ist nicht nur im Kreis 3 aufgewachsen, sie wohnt hier auch. Und sie arbeitet im Kreis 3 - als Lehrerin im Kindergarten Letzigraben. Ausserdem engagiert sie sich als Präsidentin von Lehrberufe Zürich und der nationalen Verbandskommission Bildung, Erziehung, Wissenschaft im VPOD – dessen Zürcher Standort befindet sich bekanntlich ebenfalls in Wiedikon.

Die Politik wurde ihr in einem gewerkschaftlich aktiven Elternhaus in die Wiege gelegt. Mit politischen Debatten, 1. Mai-Umzügen und dem Frauenstreik wuchs sie auf. Sophie erinnert sich, dass sie schon als Teenager einer Partei beitreten wollte und dass sie Staatskunde im Gegensatz zu den meisten Gleichaltrigen bereits auf Sekstufe interessierte. Und dass sie sich bereits mit 15 grosse Sorgen um die Zukunft der AHV machte.

Mit Überzeugung und immensem Know-how tritt sie heute für Lehrberufe ein, und natürlich auch für ihren eigenen. Dieser wird von überraschend vielen immer noch unterschätzt. Dabei: Vier- bis fünfjährige Kinder mit dem ausserfamiliären Leben vertraut zu machen, ihnen

soziale Kompetenzen zu vermitteln, ihr Selbstbewusstsein zu fördern, ihnen helfen, sich als Teil der Gemeinschaft zu begreifen, sie spielerisch und individuell auf die Schulzeit vorzubereiten, all dies in enger Zusammenarbeit mit den Eltern, den Ämtern und Behörden. Gibt es eine verantwortungsvollere Aufgabe? Hört man Sophie zu, muss man sich fragen: Wie ignorant ist eine Gesellschaft, wenn sie die hohe Relevanz solcher Berufe nicht erkennt bzw. nicht alles dafür tut, die Arbeitsbedingungen maximal zu verbessern?

Weil sie gerne nach politischen Lösungen sucht, mit Vergnügen überall mitredet und weil die Erfahrung sie gelehrt hat, dass die institutionelle Politik die Weichen stellt, rückt sie als Gemeinderätin nun näher an sie ran. Den grossen Aufwand scheut sie nicht, sie kennt das schon. Die scheue Frage, ob sie zum Ausgleich auch mal tanzen geht oder an Konzerte oder sich im Pub betrinkt, verneint sie lächelnd. Meistens beschäftigt Politik sie auch in der Freizeit, aber ab und zu baut sie gerne was – ein Möbelstück oder so.

Andrea Leitner, Redaktions- und Vorstandsmitglied

Adieu und Willkommen

Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich am Nachmittag des 1. Mai 2018 mit Isabel Maiorano im Kasernenareal im Gras sass und sie mir erzählte, was die Mitarbeit im Vorstand der AL Zürich alles beinhaltet. Interesse an Strukturen und Grundlagenarbeit brauche es, sowie Lust, sich ehrenamtlich zu engagieren, die Partei und ihre Basis kennenzulernen. Die hatte ich und so wurde ich kurz darauf in den Vorstand gewählt. Fünf Jahre lang war ich in diesem Gremium tätig, habe Höhen und Tiefen erlebt, lange Sitzungen und spannende Diskussionen. Es war eine Phase der Umstrukturierung, wir integrierten die Fraktionspräsidien und stärkten so die strategische Leitungsfunktion des Vorstandes. Seit Mai habe ich ein Kantonsratsmandat inne, weshalb ich nun aus Mangel an Kapazität aus dem Vorstand zurücktrete. Ebenso zurückgetreten sind Markus Bischoff und Isabel Maiorano, die sowohl Vorstand als auch Vollversammlungen während ihrer 10 Jahre in dieser Funktion stark geprägt haben.

Wir können beruhigt zurücktreten und wissen den Vorstand in guten Händen, was nicht selbstverständlich ist. Zumal es meist schwierig war, diese Ämter neu zu bekleiden. Umso erfreulicher, dass mit Andrea Leitner, Roman Hugentobler, Christian Häberli und Walter Angst vier Personen nachrücken, die die Partei, die Menschen und die Strukturen bestens kennen und in ihren Bereichen viel Know-how mitbringen. Andrea war bereits während ihrer Zeit im Gemeinderat im Vorstand tätig. Auch Wädi war schon Vorstandsmitglied und bringt viel Erfahrung in den Bereichen Fundraising und Finanzplanung mit. Roman prägt die AL Winterthur mit und will die AL ausserhalb der Stadt mitaufbauen. Christian hat die letzten beiden Wahlkampagnen der AL geleitet und seine koordinativen Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Ich wünsche allen, den neuen und den «alten» Vorstandsmitgliedern, eine spannende und konstruktive Zusammenarbeit!

Lisa Letnansky, AL-Kantonsrätin

Im Gespräch mit Isabel Maiorano

Isabel Maiorano sass ein Jahrzehnt lang im Leitungsgremium der Partei. Im Interview mit Zoe Lehmann blickt sie auf ihre Zeit im Vorstand zurück.

Was war vor 10 Jahren deine Motivation, in den AL-Vorstand einzutreten?

Schon drei Jahre zuvor wurde ich dafür angefragt. Hochschwanger hatte ich aber einen anderen Fokus. Als dann Richi Wolff 2013 in den Stadtrat gewählt wurde, war klar: jetzt oder nie! Es war vorauszu-sehen, dass der Partei mit einem Stadtrat viele neue Chancen, aber auch Herausforderungen bevorstehen würden. Das fand ich spannend.

Wie hat sich der Vorstand seit deinem Eintritt vor 10 Jahren verändert?

Die Partei ist gewachsen. Dementsprechend mussten wir uns anpassen. Wir sind professioneller geworden: weg von bilateralen Absprachen, hin zu sorgfältiger Sitzungsvorbereitung. Der Sitzungsrhythmus hat sich verdoppelt. Jahres- und Finanzplanung kommen zusätzlich dazu. Fester Bestandteil sind die jährlichen Retraiten mit den Amtsträger:innen. Das Sekretariat ist anders aufgestellt und professionalisiert: Statt den 60% 2013 sind wir nun bei 140%, inkl. Fraktionssekretariat. Der wichtigste Schritt aus politischer Sicht ist die Einbindung der Fraktionspräsidenten in den Vorstand. Dies macht uns effizienter und gibt uns eine direkte Verbindung in die Räte.

In welcher Hinsicht hast du den Vorstand geprägt?

Ich habe viel Energie in die strukturelle Professionalisierung gesteckt. Am wichtigsten aber erschien mir stets die Pflege der Aktiven. Denn damit eine Partei funktioniert, braucht es neben gewissen Funktionen und Ämtern vor allem viele Freiwillige. Diese Menschen einzubinden, ihre Anliegen ernst zu nehmen, ihre Unzufriedenheiten und Probleme aufzufangen, das war mir immer wichtig. Statt mich auf Teilbereiche zu fokussieren, hatte ich stets die Partei als Ganzes im Auge.

Was wird dir fehlen?

Die Nähe zur Politik! Ich war immer auf dem aktuellen Stand, was Vorstösse in den Parlamenten, Initiativen etc. betrifft. Ich erhielt Einblick, wie Parlamente und Parteien funktionieren.

Was wird dir überhaupt nicht fehlen?

Mails, denen es an Höflichkeit mangelt.



Isabel Maiorano (Bild: Ida Schmieder)

In welchen Momenten warst du stolz auf die Arbeit des Vorstands?

Wir haben viel erreicht! Sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene haben wir Fraktionsstärke erreicht. Politisch können wir immer wieder Zeichen setzen und Erfolge feiern. Unser Sekretariat ist gut aufgestellt. Die Menschen interessieren sich für die AL und möchten sich einbringen.

Wie war es während der Corona-Pandemie, die Sitzung online zu leiten?

Als Infokanal sind Online-Sitzungen sinnvoll, aber zum Austausch und zur Diskussion taugen sie nicht. Die Vorstandssitzungen waren einfach zu leiten, weil es weniger Diskussionen gab. Uns war es wichtig, auch während der Pandemie die Strukturen und den Kontakt zu den Mitgliedern aufrechtzuerhalten, denn der Kontakt zur Basis ist enorm wichtig für eine Partei. Die Online-VV's waren erstaunlich gut besucht. Dennoch waren wir alle froh, als wir uns wieder persönlich treffen konnten.

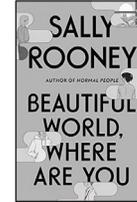
Entscheide werden im Vorstand nach Mehrheitsprinzip getroffen. Nach Aussen muss der Vorstand diese geschlossen vertreten. Fiel es dir leicht, Entscheide zu vertreten, die gegen deine persönliche Haltung waren?

Dies gab es zum Glück selten. So beispielsweise bei der Senkung der Mandatsabgaben, als ich einen Minderheitsantrag stellte, der vorgängig mit dem Vorstand abgesprochen wurde. Der Minderheitsantrag half einerseits, eine offene Diskussion zum Thema zu führen und gewährte andererseits Einblick in die Funktionsweise des Vorstandes. Denn es wurde stets hart diskutiert und wir waren nicht immer einer Meinung.

Zoe Lehmann, Redaktionsmitglied

Dieses Interview wurde gekürzt und ist in voller Länge auf al-zh.ch zu lesen.

AL-Buchtipps:



Zoe Lehmann empfiehlt: Rooney, Sally, Beautiful World, Where are You?, 2021, Claassen Verlag, ISBN: 9783546100502.

Der dritte Roman der Irin Sally Rooney handelt vom Leben, Lieben und der Freundschaft zweier junger Frauen. Eileen führt ein wenig aussichtsreiches Leben in Dublin, die erfolgreiche Schriftstellerin Alice lebt zurückgezogen in einem Provinzdorf. Sie schreiben sich E-mails, in denen sich geistreiche politische Analysen mit ästhetischen Grundsatzdebatten mischen: Sie fragen sich, wann die Menschheit aufgehört habe, Schönheit empfinden zu können, und stürzen sich in Themen wie Identitätspolitik, Umweltschutz, Kapitalismus und das Christentum, ideell stets gerahmt von einer sozialistischen Grundüberzeugung. Neben Debatten zur katastrophalen Lage der Welt verhandelt der Roman banale Beziehungsfragen und beschreibt die Interaktionen der Freundinnen mit ihren jeweiligen Partnern. Dies war mein erster Rooney-Roman und sollte nicht mein letzter bleiben, denn viele der Diskussionen und Situationen fühlten sich vertraut an.



Mischa Schiow empfiehlt: Hug, Christina, Unser Haus, 2023, Zytglogge Verlag ISBN: 978-3-7296-5117-3.

Weil er die Matura beim ersten Anlauf verpatzt, muss Paul sein letztes Gymi-Jahr wiederholen. Seine Motivation fürs Lernen ist auf dem Tiefpunkt, dafür lässt er sich umso enthusiastischer auf die Besetzung eines leerstehenden Hauses ein. Das Besetzen ist mit Lernprozessen verbunden, denen sich Paul und seine Freunde stellen müssen: Ein Minimum an Organisation braucht es im «Geschäft», wie das besetzte Haus bald heissen wird. So gilt es damit umzugehen, wer da überhaupt wohnen darf oder wie den Müll in den Griff zu kriegen. Auch die Abreibung durch die Polizei am 1. Mai fehlt nicht in dieser Geschichte, die viel in Zürich Bekanntes anklingen lässt. Die noch junge Autorin, die vor Jahren für die Grünen im Zürcher Gemeinderat politisierte, lässt in ihrem Romandebüt viele eigene Erfahrungen einfließen.

Wohnen: AL in Aktion

Die AL-Arbeitsgruppe «Wohnen & Planung» hat für die wohnpolitische Agenda der AL in den nächsten Monaten zentrale Themen identifiziert, bei denen wir konkrete und im Alltag der Betroffenen spürbare Verbesserungen erreichen wollen. Im Vordergrund stehen die kantonale Wohnschutzinitiative und der Zweitwohnungs-Skandal.

Energiekostenzulage: ein Grosseffort der AL

Den Auftakt macht die mit einem AL-Postulat angestossene Energiekostenzulage für Haushalte mit kleinem Portemonnaie. Sie wurde – begleitet von einer kleinen AL-Kundgebung – im Mai vom Gemeinderat beschlossen und soll bis Ende Jahr ausbezahlt werden. Die Teuerung bei den Heiznebenkosten wird zu 100% ausgeglichen. Für einen 1-Personen-Haushalt mit Gasheizung gibt es 595 Franken, für einen 4-Personen-Haushalt 1309 Franken; heizt der Vermieter mit Öl, gibt es 549 resp. 1221 Franken. Alle Empfänger:innen von Prämienverbilligungen – mindestens 45'000 Personen – sollen in den Genuss der Zulage kommen.

Aktiv für griffigen Wohnschutz

Sanierungen sind in der Regel mit Leerkündigungen verbunden, was aus technischen Gründen meist gar nicht nötig ist (Heizungseratz, Fassadendämmung, Fensterersatz etc. können ohne Weiteres in bewohntem Zustand ausgeführt werden). Die Leerkündigung erlaubt dem Eigentümer, die Miete danach frei und massiv höher festzusetzen. Eine neuere ETH-Studie zeigt das Ausmass der Verdrängung: Die nach der Erneuerung einziehenden Miethaushalte haben ein 3600 Franken höheres Monatseinkommen als die Vormieter:innen.

Hier will die vom Mieterinnen- und Mieterverband (MV) zusammen mit den Linksparteien soeben lancierte kantonale Wohnschutz-Initiative Gegensteuer geben und eine Rechtsgrundlage schaffen, damit die Gemeinden Wohnschutzvorschriften erlassen können. Was viele nicht wissen: Zusätzlich zum bundesrechtlich geregelten Mieterschutz im Obligationenrecht können Kantone und Gemeinden bei der Bewilligung von baulichen Massnahmen (Renovation/Sanierung, Um- und Ausbau, Ersatzneubau) auch zeitlich befristete Auflagen zur Mietzinsgestaltung machen (je nach Eingriffstiefe Höchstmieten während 3 bis 10 Jahren). Da bei einer Neuvermietung nur der behördlich gedeckelte Mietzins verlangt werden kann,

verringert sich der Anreiz für eine Leerkündigung massiv.

Die AL ist mit den Nationalrats-Spitzenkandidatinnen Anne-Claude Hensch und Sarah Casutt im Initiativkomitee prominent vertreten, Niggi Scherr, Mitverfasser des Initiativtextes, vertritt den MV im Komitee. Die AG «Wohnen & Planung» wird nach der Sommerpause Aktionen zur Unterschriftensammlung organisieren.

Zweitwohnungs-Skandal: Warten auf André?

Mitte März erreichte uns aus Luzern ein aufregendes Abstimmungsresultat. Zwei Drittel der Stimmberechtigten sagten Ja zur Initiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren». Künftig dürfen Wohnungen über Plattformen wie Airbnb nicht während mehr als 90 Tagen im Jahr für Kurzaufenthalte vermietet werden. Vollmundig verkündete der städtische SP-Co-Präsident Oliver Heimgartner gleich danach: «Es braucht endlich klare Regeln. Das Wohnungsproblem ist so akut, dass wir nicht länger zuschauen dürfen, wie Immobilienfirmen mit solchen gewerbsmässigen Vermietungen die Preisspirale weiter anheizen.»

Offensichtlich hat die SP hier eine verschobene Temperaturwahrnehmung. Es wäre in Zürich schon lange möglich, aktiv etwas gegen diese Entwicklung zu tun – lange bevor sie das heutige Ausmass erreichte. Bereits 2010 hat der Gemeinderat eine Motion von Niggi Scherr überwiesen. Sie verlangt vom Stadtrat eine Vorla-

ge zur Anpassung der BZO, wonach Zweitwohnungen und Business Apartments nicht mehr auf den Wohnanteil angerechnet werden. Passiert ist dann 10 Jahre nichts! Nachdem André Odermatt zweimal vergeblich versucht hatte, die missliebige Motion ohne Umsetzung abzuschreiben, brauchte es im Januar 2020 einen weiteren Auftrag aus dem Parlament, bis der Stadtrat im darauffolgenden Sommer endlich eine Zweitwohnungsbestimmung vorlegte. Nicht überraschend: Anbieterfirmen von Zweitwohnungen laufen mit Rekursen Sturm dagegen, das Verfahren wird voraussichtlich bis vor Bundesgericht gezogen.

Mit zwei Anfragen wollte die AL-Fraktion im Frühjahr wissen, was der Stadtrat unternimmt, um der vom Gemeinderat beschlossenen, aber noch nicht rechtskräftigen Zweitwohnungsbestimmung bei aktuellen Umnutzungen Nachachtung zu verschaffen: Soll die Regelung erst Wirkung zeigen, wenn keine Rekurse mehr hängig sind – in Monaten, wenn nicht in Jahren? Zwar gibt ihm das Planungs- und Baugesetz (PBG) wirksame Instrumente in die Hand, doch die Antworten des Stadtrats zeigen klipp und klar: er will gar nix unternehmen! Derweil die SP weiter «Warten auf André» spielt, wird die AL-Arbeitsgruppe «Wohnen & Planung» mit Quartiersspaziergängen und kreativen Aktionen die aktuellen Brennpunkte sichtbar machen.

Christian Häberli, AG Wohnen & Planung



Aktivist:innen der AL statten dem Immohei Swiss-Life ein Bsüechli ab und prangern die überrissenen Mieterhöhungen an. (Bild: Christian Häberli)

Vom Wert der Arbeit

Was wäre, wenn unsere Lohnarbeit entsprechend ihrem Wert für unsere Gesellschaft entlohnt würde? Was wäre, wenn die Care-Arbeit, die wir in unseren Partnerschaften, Familien und Gemeinschaften erbringen, endlich entschädigt würde? Was wäre, wenn nicht andere, sondern wir den Wert unserer Arbeit definieren würden?

Solche und ähnliche Fragen haben uns im Verlauf der letzten Monate im Wahlausschuss begleitet. Für die Spitzenkandidat:innen im Nationalratswahlkampf steht nämlich fest, dass wir diesen Herbst über die konkreten Probleme, die sich aus den massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten bei stagnierenden Löhnen ergeben, reden müssen. Im Zentrum unseres Wahlkampfes steht allerdings auch die «soziale Frage» innerhalb der Arbeitswelt. Wir wollen nicht nur über wohnpolitische oder krankenkassenprämienbedingte Sorgen und damit verbundene Forderungen reden, sondern auch Arbeitswertvorstellungen und alternative Verteilmechanismen vorschlagen.

Die AL im Einsatz

Mit dem Themenschwerpunkt «Arbeitswelt» knüpfen wir an die lange und gewerkschaftsnahe Tradition der AL an. Arbeitswertdiskussionen begleiten unsere Partei seit Beginn und sind im Rahmen unserer parlamentarischen Arbeit, aber auch in Wahlkämpfen immer wieder thematisiert worden. Die AL kann auch namhafte Erfolge in diesem Bereich vorweisen. Auf unser Bestreben hin wird beispielsweise in der Stadt Zürich ein 35-Stundenwoche-Pilot in Schichtbetrieben gestartet werden. Ebenso waren Mitglieder unserer Partei am erfolgreichen Kampf um einen Mindestlohn in den Städten Zürich und Winterthur zentral beteiligt.

Für den Wahlausschuss zeigt dieser Sieg geradezu exemplarisch, weshalb die Linken im Generellen und die AL im Speziellen nicht nur bürgerliche Narrative bekämpfen, sondern eigene Wertediskussionen rund um die Arbeitswelt lancieren müssen. Nicht die von rechts angezettelten Grundsatzdiskussionen, ob es im Kapitalismus Platz für einen Grundlohn gebe, haben Spuren in der Bevölkerung hinterlassen. Viel mehr besetzte die Kampagne «Ein Lohn zum Leben» mit ihrer Frage nach der Sinnhaftigkeit von Erwerbsarbeit von Beginn an prominent die politische Bühne. Hierbei war die politische Kernaussage so transparent

wie einfach zu verstehen: Wer einer Vollzeit-Lohnarbeit nachgeht, soll damit ein Leben in Würde führen können. Punkt. Ohne Wenn und Aber.

Aus dieser Tradition heraus und mit Blick auf die chronische Krise in der Arbeitswelt stehen im Wahlkampf der AL insbesondere die folgenden Forderungen zur Umgestaltung der Arbeitswelt im Vordergrund.

Reduktion der Arbeitszeit

Angesichts der gesundheitlichen Verschleisserscheinungen, die die zunehmend beschleunigte Arbeitswelt mit sich bringt, braucht die chronisch erschöpfte, gesundheitsgefährdete und wirtschaftlich ausgebeutete Arbeiter:innenschaft mehr als nur Arbeitszeit-Pflasterchen. Die Zeit ist reif für strukturelle Veränderungen, um den ökologisch-ökonomisch-salutogenetisch fatalen Höllenkreis, in dem wir uns alle bewegen, zu verlassen. Wie bereits für die Stadt Zürich fordert die AL die flächendeckende Einführung einer maximalen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden.

Verbesserung des Zugangs zur Ausbildungs- und Arbeitswelt für geflüchtete und immigrierte Personen

Grundsätzlich verlangt die AL, dass die aktuellen administrativen Hürden, die die Integration von geflüchteten und immigrierten Personen in den Ausbildungsbereich bzw. Arbeitsmarkt erschweren, abgeschafft werden. Nötig sind Massnahmen wie die Vereinfachung der Anerkennungsregeln von ausländischen Titeln und des Zugangs dieser Personen zum Stipendienwesen. Gerade für Menschen in der Lehre oder im Studium ist es essenziell, dass sie eine Unterbringung haben, in der sie auch studieren können.

Förderung von Peer-Arbeit (Brückenangebote zwischen Betroffenen und Fachpersonen)

Im Verlauf der letzten Jahre sind verschiedene Peer-Angebote (insbesondere in psychiatrischen Institutionen) entstanden. Dieser positiven Entwicklung stehen allerdings viele arbeitsrechtliche, ausbildungstechnische und organisatorische Probleme gegenüber, weshalb dieses neue und zukunftsweisende Gebiet einer national einheitlichen Regelung bedarf. Zudem wäre es sinnvoll, den Peer-Ansatz auf nicht-medizinische Bereiche wie den Asyl- und Sozialbereich auszuweiten und zu fördern. Gerade in Zeiten von Fach-

kräftemangel müssen Alternativen für diese – bisher tendenziell verbürokratisierten – Bereiche gesucht und explizit unterstützt werden.

David Garcia Nuñez, AL-Gemein-



Ein grösseres Stück vom Kuchen?

Unterstütze unseren Wahlkampf mit einer kleinen Spende! Damit wir uns in Bundesbern für Themen wie Arbeit, Wohnen, Gesundheit oder Grundrechte einsetzen können.

Du kannst den QR-Code mit der Kamera auf deinem Handy scannen und bequem online spenden. Herzlichen Dank!



Leben und Flyern in Dübendorf



Nach meinem Umzug von Zürich nach Dübendorf fielen mir als Erstes die Einhörner auf den Plätzen auf. Ähnlich wie vor vielen Jahren in der Stadt

Zürich mit den Kühen, Löwen und Bären waren sie kunterbunt und mit thematischen Bezügen zu ortsansässigen Firmen gestaltet. Anfänglich befremdeten mich die grossen märchenhaften Skulpturen. Sie stehen in krassem Gegensatz zu den Hochhäusern im Quartier Hochbord, die in den vergangenen Jahren dutzendweise in die Höhe gezogen worden sind und blumige Namen wie «Jabee-Tower», «Three Point», «Sorrento» oder «Sky» besitzen. Die Irritation mit den Einhörnern löste sich nach einer Lektüre des Wikipedia-Eintrags zu Dübendorf auf: In den 1920er-Jahren genehmigte der damalige Gemeinderat das neue Wappen mit dem Einhorn, das auf die mittelalterliche Geschichte Dübendorfs verweist. Dübendorf ist eine Stadt mit 30'000 Einwohner:innen – Tendenz steigend. Der Ausländer:innen-Anteil beträgt 37 Prozent. Die wählerstärkste Partei ist die SVP, dicht gefolgt von GLP, SP, FDP, Mitte und Grünen. Eben erst hat die SVP in ihrem sinnlosen Kampf gegen Tempo 30 einen Sieg eingefahren. 54 Prozent der Stimmenden unterstützten die Volksinitiative, die verlangt, dass der Stadtrat nicht mehr in eigener Kompetenz Tempo 30 einführen kann. Meiner Meinung nach ist es ein letztes symbolisches Aufbäumen der SVP. Denn Dübendorf ist bereits flächendeckend verkehrsberuhigt. Der motorisierte Individualverkehr ist auf den Hauptachsen kanalisiert. Velowege durchqueren die Stadt, der ÖV ist gut ausgebaut. Einziger Wermutstropfen: schön gestaltete und mit Bäumen gesäumte Fussgängerwege sind rar. Dafür habe ich neuerdings mein altes Velo wieder aktiviert. Damit radle ich zum Bioladen, ins Kino Orion mit ansprechendem Programm und schöner Bar oder ins Kulturlokal Obere Mühle. Den politischen Hotspot zum künftigen Flyern habe ich auch ausgemacht: vor dem Coop im Zentrum Dübendorfs.

Judith Stofer, Kantonsrätin

Was ist los bei der Stapo Winti?

Immer wieder ist in Schweizer Städten repressives und militantes Auftreten durch die Polizei bei un- und bewilligten Demonstrationen und Kundgebungen zu beobachten. So beispielsweise in Basel am 8. März dieses Jahres, wo Teilnehmende einer Demonstration ohne Vorwarnung eingekesselt wurden. Ebenso wurde Gummischrot eingesetzt. Ähnliches ereignete sich an der Nach-Demonstration zum 1. Mai in Zürich, wo ein junger Mann ein Auge wegen des Einsatzes von Gummischrot verlor.

In Winterthur setzte die Polizei an der diesjährigen 8. März-Demonstration mehrere Male Reizgas ein, ohne vorher vor dessen Einsatz zu warnen oder Wegweisungen auszusprechen. Bei genauem Hinschauen zeigt sich: Dies ist kein Einzelfall. Die Stadtpolizei Winterthur trat dieses Jahr bei diversen bewilligten und unbewilligten Demonstrationen mit einem Grossaufgebot auf: Polizist:innen in Vollmontur, Wasserwerfer, Gitterwagen und Wurfsysteme für Gummigeschosse und Reizgase. Demonstrierende werden ausnahmslos fotografiert und gefilmt. Ist dies noch verhältnismässig?

Die Sozialwissenschaftlerin Vanessa E. Thompson sagt, Gewalt sei der normale Modus der Polizei und stelle deshalb keinen Widerspruch in sich dar. Die Polizei ist seit deren Gründung für die Aufrechterhaltung der Ordnung zuständig. Die Polizei verkörpert das staatliche Gewaltmonopol und setzt dieses durch. So etwa in den 80er-Jahren in Zürich, als auf die Forderung nach Freiräumen massive Polizeieingriffe folgten, um soziale Probleme mit Kriminalisierung und strategischem Vorgehen zu lösen.

Prekarierte Menschen und solche, die Widerstand leisten, werden als Ursache des Problems dargestellt. So wird die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben und in der Bevölkerung Angst geschürt. Diese Angst wiederum rechtfertigt weitere polizeiliche Eingriffe. Soziale Bewegungen sollen kontrolliert, ihre Forderungen entkräftet und die Solidarität mit ihnen untergraben werden. Die Klimabewegung, die feministische Bewegung – aber auch migrantische und antirassistische Proteste – bekommen das aktuell zu spüren.

Dem zunehmend repressiven Auftreten der Stadtpolizei Winterthur mag vielleicht kein individuelles, sondern ein systemisches Problem zugrunde liegen. Dennoch habe ich im Stadtparlament Winterthur zwei schriftliche Anfragen zum polizeilichen Vorgehen von 8. März, 1. Mai und 7. Mai eingereicht: Die Stadtpolizei soll öffentlich Stellung beziehen zu 1) den für die besagten Grossaufgebote aufgewendeten Mitteln, 2) zur Einschränkung des Demonstrationsrechts und 3) zur Verletzung des Personenschutzes all jener Personen, die am 7. Mai ohne Vorwarnung eingekesselt wurde. Sobald wir über Informationen zu den internen Anweisungen der Stadtpolizei verfügen und uns die Kosten für die erhöhte Repression bekannt sind, können wir gezielt mit parlamentarischen Vorstössen und Budgetkürzungen ansetzen. Denn Repression taugt nicht zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Sarah Casutt, AL-Stadtparlamentarierin

Rückzug «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen»

Das Initiativkomitee der Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen» hat sich für einen Rückzug entschieden. Bei der Ausarbeitung der Initiative im Winter 2021 wurden massive Mehrausgaben wegen der Auswirkungen der Pandemie erwartet. Zur Deckung der kantonalen Defizite brachte der bürgerliche Finanzdirektor Ernst Stocker eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ins Spiel. Damit wären die Kosten der Pandemie auf Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen abgewälzt worden. Um dies zu verhindern, lancierte die AL gemeinsam mit SP, Grünen, Juso, Junge Grünen, CSP sowie den Gewerkschaften GBKZ und Travail Suisse die Volksinitiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen». Mit der

Volksinitiative sollte sichergestellt werden, dass einerseits Geld zur Entschärfung der Krisensituation vorhanden ist und andererseits künftig ein massives Sparprogramm verhindert wird.

Dank der tatkräftigen Unterstützung der engagierten AL-Basis kam die Initiative rasch zustande. Dies baute im richtigen Moment Druck auf die bürgerlichen Kräfte auf und zwang sie zum Umdenken. Anders als befürchtet, haben sich Wirtschaftslage und Steuereinnahmen in Rekordzeit erholt – ein weiterer Grund, die Initiative zurückzuziehen. Das Initiativkomitee bedankt sich bei allen Beteiligten für die wertvolle Unterstützung.

Zoe Lehmann, Redaktionsmitglied

Begabungsförderung



Ich möchte das Thema Vielfalt im Klassenzimmer von einer anderen Seite aufrollen, nämlich mit Blick auf die besonders begabten Schüler:innen.

Auch sie sind eine Realität in der Volksschule und

auch sie haben andere Bedürfnisse als die Mehrheit in einer Klasse. Kinder mit einer hohen Auffassungsgabe arbeiten schneller als ihre Mitschüler:innen. Haben sie die ihnen aufgetragenen Arbeiten erledigt, brauchen sie komplexere Aufgabenstellungen. Erhalten sie diese nicht, verfallen sie in Passivität oder Langeweile. Sie stören den Unterricht oder sind so stark unterfordert, dass sie gar nicht mehr zur Schule gehen wollen. Zürich und Winterthur versuchen hier mit Angeboten wie dem Universikum resp. dem neuen Konzept Begabungs- und Begabtenförderung (BBF) oder mit den Angeboten von Exploratio in Winterthur Abhilfe zu schaffen. Einen Halbtage pro

Woche vertiefen sich die Schüler:innen mit einer Fachperson ausserhalb ihres Klassenverbandes in ein bestimmtes Thema. Diese Angebote sind wichtig, sie lösen aber nur einen Teil des Problems: Erstens hinkt die Begabungs- und Begabtenförderung in den Gemeinden den Städten hinterher. Dementsprechend hängt es vom Standort der Schule ab, ob ein Kind Zugang zu besonderer Förderung erhält. Dem soll nun mit einer Anpassung auf Gesetzesebene nachgekommen werden. Allerdings ist der Ressourcenschlüssel tief angesetzt, weshalb ich bezweifle, dass der Bedarf gedeckt werden kann.

Zweitens bedingen solche Angebote mehr Ressourcen in den Klassen, die ja bekanntlich nicht vorhanden sind. Eine Lösung, die eigentlich schon länger auf der Hand liegt: 2 Personen unterrichten jeweils gemeinsam an einer Klasse. So wird das individualisierte Lernen bzw. Unterrichten gefördert und weniger Lehrpersonen verlassen den Beruf, weil sie wieder Zeit haben, ihrer eigentlichen Berufung nachzugehen.

Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin

Vorzeigeprojekt mit Beigeschmack



Ihre 85 Jahre sieht man den beiden Damen nicht an, die sich an diesem Samstagmorgen zur Kundgebung vor der Post Witikon einfinden.

Ihnen sind die Wohnungen an der Witikonstrasse

gekündigt worden. Eine gehörte 1960 zu den Erstmieterinnen, die andere war Angestellte von Jean Vannini, der die Siedlung errichten liess und damit aufzeigen wollte, dass sich sozialer Wohnungsbau mit kapitalistischen Grundsätzen vereinbaren lässt. Die Aktion vor der Post war notwendig, weil die Vannini-Tochter Erika Forster, alt FDP-Ständerätin und VR-Präsidentin, sich weigerte, die 1'291 Unterschriften aus dem Quartier persönlich entgegenzunehmen.

Auch die Stiftung, welcher vier Häuser an der Forchstrasse gehören, die an den Höchstbietenden verkauft werden sollen, ist fest in FDP-Hand. Um den Stiftungszweck – Bedürftigen zu helfen – zu erfüllen, stehen rund 40 Bewohner:innen

der 1916 erbauten, aber gut erhaltenen Häuser vielleicht bald auf der Strasse. Niemand konnte sich vorstellen, sich plötzlich wehren zu müssen. Hier hat das "Frühwarnsystem" funktioniert: Kaum ist das verhängnisvolle Ankündigungsschreiben eingetroffen, konnte ich mit den Mieter:innen beraten, wie das drohende Unheil abgewendet werden könnte: Briefe an die Medien, Petition an die Stiftung und an den Stadtrat, Versammlungen im Quartier.

Wichtig: die Unterstützung des Mieter:innenverbands, der sofort mit Informationen über die rechtliche Lage zur Seite stand. Ein Housing Action Day Ende März, an dem in beiden Quartieren 40-50 Leute teilnahmen und sich bei Quartiersspaziergängen von Vertretern der Regionalgruppe Informationen geben liessen. Nicht weniger essentiell waren meine Aktionen als Gemeinderat und der AL-Quartiergruppe, die den Forderungen – keine Leerkündigungen, Etappierung von Ersatzneubauten, Kauf von Wohnhäusern durch die Stadt – eine politische Fortsetzung gegeben haben.

Mischa Schiow, AL-Gemeinderat

Unbequem & links

- 4. Mai:** Stadtrat stimmt Initiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich» zu.
- 8. Mai:** Neubeginn im Kantonsrat für Lisa Letnansky und Anne-Claude Hensch im Fraktionspräsidium.
- 10. Mai:** Schriftliche Anfrage der AL-Gemeinderäte Mischa Schiow und David Garcia Nuñez zu den Ferien- und Business-Apartments der Nest Temporary AG.
- 10. Mai:** Zwei Anfragen von Gemeinderat Moritz Bögli (AL) zur Polizeigewalt am 1. Mai.
- 15. / 22. Mai:** AL-Kantonsratsfraktion kritisiert Verhalten der Bürgerlichen im Zusammenhang mit Gender Tag und Drag Story Time.
- 24. Mai:** Gemeinderat beschliesst Energiekostenzulage für 58'000 Geringverdienende, die auf ein AL-Postulat zurückgeht.
- 26. Mai:** Protestaktion am Hegibachplatz, unterstützt von AL-Quartiergruppe 7&8, gegen den Verkauf der Forchstrasse-Wohnungen an Speckis.
- 30. Mai:** AL-MV verabschiedet Nationalratsliste. Markus Bischoff, Lisa Letnansky und Isa Maiorano treten aus Vorstand zurück; neu gewählt werden Walter Angst, Christian Häberli, Roman Hugentobler und Andrea Leitner.
- 31. Mai:** Gemeinderatsfraktion kritisiert Stadtrats-Bericht zur Auslagerung des Stadthospitals.
- 9. Juni:** Tatkräftig unterstützt von AL-Mitgliedern, reicht das Bündnis "CS Immobilien enteignen" eine Petition bei Bundesrat und Finma ein.
- 14. Juni:** Das AL-leycat zum feministischen Streik ist ein voller Erfolg, die Gemeinderatsfraktion tritt im violetten Shirt an und beantragt erfolgreich Abbruch der Ratssitzung.
- 21. Juni:** Dringliche Anfrage von AL, Grünen und SP zum Polizeieinsatz am feministischen Streiktag.
- 1./8. Juli:** Immo-Hai-Bsüechli von AL-Aktivist:innen bei SBB (Gleisribüne), CS-Fonds SIAT (Escherpark), CS Pensionskasse (Brunaupark) und Swiss Life (Stauffacherquai 46).
- 5. Juli:** Dringliche Anfrage von Moritz Bögli zur Besetzung der Post Wipkingen und zu Optionen zur Nutzung des Gebäudes.
- 15. Juli:** Rücktritt von AL-Urgestein Walter Angst aus dem Gemeinderat.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Rückkehr zur sozialen Perspektive



Was ist „Gesundheit“? Diese Frage mag banal tönen. Sie bleibt jedoch auch im 21. Jahrhundert offen, da sie trotz aller Fortschritte nicht „objektiv“,

sondern nur „kontextuell“ beantwortet werden kann. Folglich definiert die WHO „Gesundheit“ sehr breit und zwar nicht nur als „das Fehlen von Krankheit“, sondern als „einen Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens“. Diese holistische Perspektive war bis vor nicht allzu langer Zeit derart gut im Gesundheitswesen etabliert, dass Sozialarbeiter:innen darin integriert waren und ihre Leistungen durch die Krankenkassen übernommen wurden. Das „biopsychosoziale Modell“ wurde also nicht nur theoretisch gefordert, sondern auch finanziell gefördert. Die zunehmende Ökonomisierung des Medizinsystems hat allerdings zur massiven Verdrängung der „sozialen Frage“ aus der Medizin geführt. Sozialarbeit wird im Spital nach wie vor geleistet, doch aus Kostengründen nicht in genügendem Ausmass. Ambulant tätige Sozialarbeitende können kaum Leistungen abrechnen. Den Preis dieser fehlgeleiteten Politik zahlen vor allem Personen mit einer komplexen Gesundheitssituation. Sie werden häufig nicht unterstützt, sondern vom medizinischen Pontius zum sozialarbeiterischen Pilatus herungereicht und unkoordiniert von beiden Seiten verwaltet. Um diesem gesundheitspolitischen Irrgarten zu entkommen, habe ich vor zwei Jahren eine Motion eingereicht, die den Stadtrat beauftragt, die Zusammenarbeit zwischen Medizin und Sozialarbeit mit dem Einsatz von „sozialen Rezepten“ wieder zu fördern. Die Erfahrung anderer Länder zeigt, dass solche biopsychosozialen Überbrückungsangebote die Situation von Patient:innen verbessern. Nach Annahme der Motion wurde kürzlich das Pilotprojekt, das nun vom Gemeinderat definitiv bewilligt werden muss, vorgestellt. Mit diesem kleinen, aber doch wichtigen gesundheitspolitischen Schritt sichert die AL eine Gesundheitsdefinition, in der wieder alle Platz haben.

David Garcia Nuñez, AL-Gemeinderat und Nationalratskandidat

Gastbeitrag von Dem-Kurd Zürich*

Die Türkei wird seit 21 Jahren durch die rechtskonservative Partei Erdogans, die AKP, regiert. Dabei wurden die Grundrechte und Freiheiten stark eingeschränkt und die Demokratie kontinuierlich abgebaut.

Nach dem angeblich gescheiterten Militärputsch im Jahr 2016 nutzte Erdogan den Ausnahmezustand aus, um zehntausende Oppositionelle zu verhaften und ein Imperium der Angst aufzubauen. Mit der Verfassungsänderung von 2017 konnte Erdogan ein Ein-Mann-Regime errichten, in dem Legislative, Exekutive und Judikative allein dem Präsidenten unterstellt sind.

Aufgrund von Korruption, Investitionen in Kriegstechnologien, wirtschaftlichen und politischen Fehlentscheidungen befindet sich die Türkei seit fünf Jahren in einer Wirtschaftskrise. 14 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze. Nach dem schweren Erdbeben im Februar dieses Jahres war die Türkei nicht nur phy, sondern auch politisch am Boden. Unter diesen Umständen fanden in der Türkei die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt.

Kampf für demokratische Werte

Bei diesen Wahlen haben sich die demokratischen Kräfte zusammengeschlossen und Allianzen gegen Erdogans Regime gebildet. Trotz allem hat die Regierung Erdogan die Parlamentswahlen am 14. Mai und die Präsidentschaftswahlen am 28. Mai gewonnen. Die Politik des selbsternannten Sultans und seine neo-osmanischen Träume bedrohen heute nicht nur die Völker der Türkei und des Nahen Ostens, sondern haben auch global einen Einfluss auf die demokratischen Werte. In Rojava (Nordsyrien) wurden die kurdischen Städte Efrin, Serekaniye und Gri Spi von der türkischen Armee und dschihadistischen Gruppen besetzt. Die

Angriffe auf andere kurdische Städte werden fortgeführt. Türkische Drohnen terrorisieren nach wie vor Rojava (Nordsyrien) und Südkurdistan (Nordirak), wobei die Anführer:innen der kurdischen Freiheitsbewegung gezielt ermordet werden. Seit dem 25. März 2021 hat man nichts mehr vom kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan gehört, der seit Februar 1999 auf der Insel Imrali als Geisel festgehalten wird.

Widerstand heisst Leben

Die kurdische Bevölkerung und Zivilgesellschaft leistet entschlossen Widerstand gegen die Vernichtungspolitik Erdogans. Ihre demokratischen Errungenschaften in Westkurdistan (Nordsyrien) und Nordkurdistan (Osttürkei) sind dem Krieg des Despoten ausgesetzt. In den letzten Jahren wurden Millionen von Menschen vertrieben und mussten ihre Heimat verlassen. Diese Geflüchteten haben meist Zuflucht in Europa gefunden. Menschen, die aufgrund von Erdogans Kriegspolitik fliehen mussten, sind in Europa nicht sicher, weil sie ihren Kampf gegen die Erdogan-Regierung fortsetzen. Sie werden auf Druck der Erdogan-Regierung immer wieder gezielt aus europäischen Staaten abgeschoben. Trotzdem kämpfen sie weiter für einen freien und demokratischen Nahen Osten und sogar für die Welt. Denn wie es auf Kurdisch heisst: Berxwedan Jiyan ê – Widerstand heisst Leben!

*Dem-Kurd Zürich ist ein Verein, in dem sich in Zürich lebende Kurd:innen demokratisch organisieren. Er setzt sich für die Rechte der Kurd:innen sowie den Schutz der kurdischen Identität, Kultur und Sprache ein und versucht, zwischen der kurdischen und anderen Gesellschaften in der Schweiz Brücken zu schlagen.

AL-PARTY

Politik, Musik und mehr!

Fr, 30. September, ab 16h

SOGAR THEATER, JOSEFSTRASSE 106, 8005 ZÜRICH